

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.02.2009

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:40 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	18:45 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Joachim Geuther	CDU	16:30 Uhr - 18:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	16:30 Uhr - 19:15 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	19:15 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr - 19:45 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr - 19:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	Vertreter: Herr Geuther
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter: Herr Dr. Brockmann und Herr Krause abwechselnd
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- Modellrechnung zum Abbau Altdefizit Stand: 17.02.2009;
- Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Wolff zum Sozialticket (17.2.2009);
- Austauschblatt zur Haushaltssatzung (17.2.2009);
- Änderungsantrag Mathias Weiland (Grundschule Glaucha - Auenschule) vom 16.2.2009 - siehe TOP 5.3.1;
- Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen, betreffend die Beiträge der HWGmbH zur Haushaltskonsolidierung vom 17.2.2009 - siehe TOP 5.3.2;
- Niederschrift der Sondersitzung am 3.2.2009;
- Niederschrift der Sondersitzung am 5.2.2009.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Geier zog die Vorlage

- 5.2. Haushaltsausgabereste für Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2008
Vorlage: IV/2009/07774

zurück. Er führte aus, dass er mit dem LVA die Thematik Haushaltsausgabereste vor dem Hintergrund des Erlasses des Innenministeriums von 2004 abgleichen möchte.

Folgende Anträge wurden für die Aufnahme in die Tagesordnung eingereicht:

- 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) (IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815
- 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07577)
Vorlage: IV/2009/07816
- 5.3.2 Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen , betreffend die Beiträge der HWGmbH zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07824
- 5.3.3 Antrag auf Einstellung des Projektes Schnittstelle Bahnhof Nietleben
Vorlage: IV/2008/07680

Abstimmungsergebnis inklusive der Veränderungen:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften vom 25.11. und 16.12.2008 sowie 20.01.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420
- 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) (IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815
- 5.1.2 Antrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle) zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: IV/2008/07420
Vorlage: IV/2009/07830
- 5.2. Haushaltsausgabereste für Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2008
Vorlage: IV/2009/07774 - **zurückgezogen** -
- 5.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Vorlage: IV/2008/07577
- 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07577)
Vorlage: IV/2009/07816
- 5.3.2 Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen , betreffend die Beiträge der HWGmbH zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07824
- 5.3.3 Antrag auf Einstellung des Projektes Schnittstelle Bahnhof Nietleben
Vorlage: IV/2008/07680
6. Finanzvergleich mit anderen Großstädten
7. Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) per 31.12.2008
Vorlage: IV/2009/07781
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. schriftliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
11. mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 25.11. und 16.12.2008 sowie 20.01.2009

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses am 25.11. und 16.12.2008 sowie 20.01.2009 wurden ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.01.2009 wurden keine abschließenden nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07420

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Schmidt, Herr Wolter, Herr Misch, Herr Kogge, Herr Geier, Herr Kreisel und Frau Brederlow.

Herr Kogge fasste die Diskussionen der Fachausschüsse zusammen und plädierte für den Beschlussvorschlag. Bundesseitig sei zugunsten der Familienfreundlichkeit einiges geregelt worden, jetzt sei es an den Kommunen, die Rahmenbedingungen umzusetzen und Klarheit bezüglich der Gebühren herbeizuführen.

Aufgrund einer Nachfrage führte Frau Brederlow aus, dass die zu erwartenden Minderausgaben im derzeitigen Haushaltsplan noch nicht enthalten seien. Es werden durch die neue Gebührensatzung ein höherer Deckungsbeitrag und ein geringerer Zuschuss erwartet.

Herr Kreisel fügte an, dass die höheren Gebühren im Wirtschaftsplan des EB Kita, der im letzten Stadtrat beschlossen wurde, noch nicht berücksichtigt wurden. Der Wirtschaftsplan müsse je nach Beschlusslage angepasst werden.

Herr Kogge erläuterte, dass die Freien Träger die Zuschüsse bei der Stadt abrufen. Bis Oktober erfolgte dieser Abruf nur sehr schleppend. Danach erfolgten erhebliche Anmeldungen in großer Höhe, was zu mehreren überplanmäßigen Ausgabeanträgen geführt habe.

Positiv sei die Steigerung der Geburtenrate in Halle zu bewerten. Durch die Bundesgesetzgebung steige die Wahrnehmung der Betreuungsangebote.

Ziel der Stadt Halle (Saale) sei es, Benachteiligungen im Rahmen der Bildung abzubauen. Im letzten Jahr habe es den finanziellen Druck gegeben, der durch die entsprechenden Beschlüsse abgebaut werden konnte. Im Ergebnis wurden in diesem Jahr 3 Mio. € mehr gegenüber 2008 eingeplant. Jetzt solle die aktuelle Entwicklung abgewartet werden. Die Ge-

bühren in der Stadt Halle (Saale) für die Kinderbetreuung weichen überproportional vom Durchschnitt in Sachsen-Anhalt ab und wurden seit 6 Jahren nicht mehr erhöht.

Aufgrund der Haushaltswahrheit und -klarheit sprach sich Herr Dr. Meerheim für die Streichung der Minderausgaben in Höhe von 1,8 Mio. € aus, auch aufgrund der Ehrlichkeit gegenüber den Freien Trägern und dem EB Kita.

Herr Geier wies darauf hin, dass das Fachamt auf die überplanmäßigen Anträge des vergangenen Jahres bei der Haushaltsplanung 2009 reagiert habe.

Herr Dr. Meerheim stellte den unter 5.1.2 genannten Antrag.

Herr Geier betonte, dass sich bei einem positiven Votum für den Antrag von Herrn Dr. Meerheim der Fehlbetrag im städtischen Haushalt weiter erhöhen würde.

Herr Kogge fügte an, dass pro Monat, in dem die Gebührensatzung nicht beschlossen werde, 130 - 140 T€ „verschenkt“ werden.

Es erfolgte die Abstimmung zum Antrag von Dr. Meerheim - siehe 5.1.2.

Danach wurde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion - siehe 5.1.1 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt Kindertageseinrichtungen
zu erwartende Minderausgaben 1,8 Mio. EUR

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) (IV/2008/07420)
Vorlage: IV/2009/07815**

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Text des § 5 Abs. 5 des vorliegenden Satzungsentwurfs wird durch folgenden Text ersetzt:

„Als Gebührenobergrenze für die Betreuung von mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) werden 280 € pro Monat festgesetzt. Die Festsetzung der Betreuungsgebühr erfolgt beginnend beim ältesten Kind und endet beim jüngsten Kind.

zu 5.1.2 Antrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle) zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
- Vorl.: IV/2008/07420
Vorlage: IV/2009/07830

Abstimmung:

3 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Minderausgaben in Höhe von 1,8 Mio. € sind in voller Höhe zu streichen.

zu 5.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Vorlage: IV/2008/07577

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland, Herr Dr. Schmidt, Herr Wolter, Herr Schramm, Frau Nagel, Herr Geuther, Herr Sänger, Herr Geier, Herr Dr. Pohlack, Herr Kogge, Frau Becker und Herr Lander.

Herr Misch entschuldigte Herrn Bönisch. Dieser habe einen anderen Termin und werde so schnell wie möglich nachkommen.

Personalkosten

Auf Nachfrage von Herrn Geier an die Ausschussmitglieder wurde keine Diskussion bezüglich der Personalkosten mehr gewünscht, die Zuarbeit beantwortete die Fragen.

Haushaltskonsolidierung - Stand Februar 2009

Dezernat I
keine Rückfragen

Dezernat II
Auf Nachfrage erläuterte Herr Lander, dass es sich bei den Unterabschnitten in der sogenannten „bunten Liste“ um den Holzverkauf und Wassereinsparungen handele. Die Haushaltskonsolidierung im Maßnahmeblatt beinhalte Personalkosteneinsparungen, da für diese Unterabschnitte (Fachkonzept Grünflächenamt) ein separater Tarifvertrag abgeschlossen wurde.

Dezernat III

Herr Geier verwies aufgrund einer Nachfrage auf die Ausführungen von Herrn Dr. Wiegand zum Ausschreibungsstand der Bäderübertragung.

Frau Becker erläuterte, dass im Maßnahmeblatt III/15 andere Sportanlagen betroffen sind als die in der „bunten Liste“.

Dezernat IV

Herr Kogge erläuterte, dass durch den Beschluss zur Schulentwicklungsplanung bezüglich der Auenschule die Maßnahme IV/30 um ca. 250 T€ gemindert werde.

Dezernat V

keine Rückfragen

Bezüglich einer Nachfrage zur Aktualität der Fachkonzepte führte Herr Geier aus, dass diese noch immer Thema und aktuell seien und die Ausgangslage für die Haushaltskonsolidierung IV bilden. Hinzu kämen folgende Faktoren:

- Betrachtung der Produkte
- Prüfung der Prozesse
- Unterstützung der Prozesse durch elektronische Medien
- Berücksichtigung der Einwohnerentwicklung
- Aufgabenkritik
- Benchmarks.

Fortschreibung der Haushaltskonsolidierung in diesem Bereich ab 2010 bis 2012. Wichtig sei die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung.

Einige Mitglieder äußerten, dass sie von der Verwaltung mutige Vorschläge zur Diskussion erwarten.

Herr Kogge knüpfte an und betonte, dass mit der Einbringung der „bunten Liste“ dieser Weg beschritten wurde. Vorschläge zur Reduzierung von freiwilligen Leistungen in Höhe von 5 Mio. € wurden von der Verwaltung dem Stadtrat vorgelegt und es erfolgte die Abstimmung über die Punkte, die der Stadtrat umsetzen möchte.

Daraufhin wurde von einzelnen Mitgliedern daran erinnert, dass die Konkretisierung der Einsparvorschläge durch den Rat erbeten wurde. Die Verwaltung hatte ursprünglich eine globale Minderausgabe vorgeschlagen. Die Haushaltskonsolidierung solle als Steuerungsinstrument genutzt werden.

Herr Geier unterstützte dies. Die Verwaltung müsse prüfen, in welchen Bereichen kein Eingriff mehr möglich ist, bzw. nur unter bestimmten Voraussetzungen (Stichwort: Fördermittel - Nutzungsbildung oder Rückzahlung). Über konkrete Hinweise aus dem Rat würde er sich sehr freuen.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass eine Priorisierung der Zielbestimmung sehr wichtig sei. Beim Ansteigen der Leistungskraft der Verwaltung und weiterer Optimierung und Einsparung seien negative Auswirkungen auf den Service für die Bürger nicht auszuschließen. An Eingemeindungen solle weiter gearbeitet werden.

Die Diskussion bezüglich der Haushaltskonsolidierung wurde abgeschlossen.

Beteiligungsbericht

Herr Lork informierte aufgrund einer Nachfrage, dass es sich bei der Veräußerung von Anteilen von 3 kleinen Firmen um Transaktionen innerhalb des Konzerns Stadt gehandelt habe und aus diesem Grund der Stadtrat nicht informiert wurde. Dieses werde zukünftig beachtet und von der BMA selbständig angezeigt.

Die Stadt Halle (Saale) sei an 151 Firmen direkt und indirekt beteiligt, inklusive von Stiftungen und Anstalten. Sogenannte leere Hüllen bestehen nicht mehr.

zu 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07577) Vorlage: IV/2009/07816

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Misch, Frau Nagel, Herr Dr. Schmidt, Herr Geuther, Herr Kogge und Herr Dr. Pohlack.

Herr Weiland begründete seinen Antrag noch einmal. Er betonte besonders, dass die Schließung der Auenschule im Rahmen der Schulentwicklungsplanung viermal vom Rat abgelehnt wurde. Die Glauchaschule sei in der Schulentwicklungsplanung nicht enthalten. Die Verwaltung habe den Auftrag, den Beschluss des Stadtrates umzusetzen und einen Weg für die Umsetzung zu finden.

Es wurde angefügt, dass die HWG und andere Wohnungsunternehmen in dem betreffenden Umfeld der Auenschule viel investiert haben, um junge Familien anzusprechen.

Kritisiert wurde aus den Reihen des Ausschusses, dass die Glauchaschule im Antrag für das Konjunkturprogramm enthalten sei, obwohl sie nicht Bestandteil der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sei. Im Bildungsausschuss wurde informiert, dass die Prioritätenliste der Schulsanierung „nicht ernst zu nehmen“ sei. Es sei naheliegend, dass die Auenschule den Platz 41 erhalten hat, weil die Verwaltung die Schule schließen möchte und bei weiterem Verfall auch bald keine andere Möglichkeit bestehe.

Herr Kogge führte aus, dass er zu einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe eingeladen habe.

Herr Dr. Pohlack betonte, dass die Verwaltung erst prüfen müsse, ob eine Umwidmung der Mittel finanztechnisch möglich sei, eventuell seien dies Aufwertungsmittel für das Gebiet Glaucha, die aus diesem Grund nicht umgewidmet werden können.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Maßnahme im Investitionsprogramm 2008 – 2012 des Haushaltsplanentwurfes 2009 (Seite 771) „Grundschule Glaucha“ (Abschnitt 2110-021) wird gestrichen. Die bisher für die Jahre 2010 -2012 vorgesehenen Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 2.259.500 € werden für Investitionen am Standort der Grundschule Auenschule verwendet.

**zu 5.3.2 Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen , betreffend die Beiträge der HWGmbH zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07824**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland, Herr Misch, Herr Sänger, Herr Schramm, Herr Dr. Schmidt und Herr Geier.

Herr Geier verwies auf die neue Aufstellung der Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits, die zu Beginn der Sitzung verteilt wurde. Er wies besonders auf die Verschiebung der Beiträge der Wohnungswirtschaft (HWGmbH) hin und auf die damit verbundene Veränderung zum Ende des Haushaltskonsolidierungsbeitrages.

Einige Stadträte äußerten ihre Verwunderung über den Antrag, da bereits ein Beschluss des Ausschusses in der Sache (Antrag von Herrn Sänger und Änderungsantrag der SPD-Fraktion) in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 10.02.2009 gefasst worden sei.

Es wurde betont, dass Bestandteile der Haushaltssatzung, die durch den Stadtrat beschlossen werden, u. a. auch der Haushaltsplan, die Finanzplanung und das Haushaltssicherungskonzept sowie das Konzept zum Abbau des Altdefizits seien. Auch wenn in der vorgenannten Sitzung keine zustimmenden Beschlüsse gefasst worden seien, können sich die Entscheidungsträger nicht vor der Entwicklung verschließen und müssen realistische Lösungen herbeiführen. Da zurzeit keiner die zukünftige Entwicklung abschätzen könne, müsse zu gegebener Zeit nachgesteuert werden.

Herr Geier betonte, dass es das gemeinsame Ziel von Stadtrat und Verwaltung sein müsse, die Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2012 mit einer Null zu veranschlagen. Da auch die Stadt Halle (Saale) die zusätzlichen Zinsen durch die Verschiebung der Jahresscheiben der Wohnungswirtschaft aufbringen müsse, ist eine derzeitige Untersetzung des Betrages in 2012 nicht möglich. (Entsprechende Erhöhung des Betrages von 23 Mio. € um die zusätzliche Zinsbelastung.) Dies müsse den Beteiligten bewusst sein. Die Deckung solle nicht nur aus der Veräußerung von städtischem Vermögen, sondern auch aus strukturellen Einsparungen im Verwaltungshaushalt erfolgen.

(18:45 Uhr Herr Geuther verließ die Sitzung - Herr Bönisch kam.)

Die Mehrheit der Mitglieder äußerte sich dahingehend, dass die zusätzlichen Zinsen die Wohnungswirtschaft nicht zusätzlich belasten sollen, aber der Haushalt auch genehmigungsfähig gestaltet werden müsse.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) wird dahingehend geändert, dass die Umsetzung der Beiträge der HWG zur Haushaltskonsolidierung gestreckt wird. Die hierbei erzielten Mittel werden dementsprechend später in den städtischen Haushalt eingestellt.

Für die HWG waren folgende Beiträge beschlossen:

- 2009 57,0 Mio. €
- 2010 3,6 Mio. €
- 2011 3,6 Mio. €
- 2012 3,6 Mio. €

67,8 Mio. €.

Stattdessen sollen die Beiträge wie folgt geleistet werden:

- 2009 15,0 Mio. €
- 2010 7,6 Mio. €
- 2011 22,6 Mio. €
- 2012 22,6 Mio. €

67,8 Mio. €.

Die mit diesem Beschluss im Zusammenhang stehende **Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits mit Stand vom 17.02.2009** wurde wie folgt abgestimmt:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

zu 5.3.3 Antrag auf Einstellung des Projektes Schnittstelle Bahnhof Nietleben Vorlage: IV/2008/07680

Auf die kurze Begründung von Herrn Wolter, dass die Sinnhaftigkeit des Projektes nicht gegeben sei, führte Herr Dr. Pohlack unter anderem aus, dass die fachliche Diskussion ausführlich im Planungsausschuss geführt worden sei. Die Bewilligung der Fördermittel habe zu keinem Zeitpunkt in Frage gestanden. Bisher seien sie noch nicht bewilligt. Dies erfolge in der Regel in der zweiten Jahreshälfte. In der Sitzung des Finanzausschusses am 16.10.2007 wurde die Thematik bereits behandelt. Damals lag eine grobe Schätzung der Kosten, jetzt eine konkrete Kostenberechnung vor. Das Projekt werde zu 80 % durch die NASA gefördert und könne mit anderen ÖPNV-Mitteln kombiniert werden. Es entstehe für ca. 1 Mio. € eine behindertengerechte Schnittstelle zwischen Straße + Bus + S-Bahn für derzeit ca. 600 Personen pro Tag inklusive 50 PKW-Stellplätze, 2 Bushaltestellen und Fahrradabstellmöglichkeiten. Die Prognose für die Nutzung sei steigend. Eine direkte Verbindung nach Leipzig und der weitere Aufbau des Park & Ride-Systems werden geplant.

(19:00 Uhr - Herr Sänger verließ die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Das Projekt Schnittstelle Bahnhof Nietleben ist aufzugeben.

Angebot an Studierende

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.09.2008 wurde mit 10 Ja-Stimmen - einstimmig der Beschluss gefasst, dass jedem immatrikulierten Studierenden, der sich erstmalig hauptwohnsitzlich in Halle anmeldet, einmalig der Semesterbeitrag sowie einmalig der Kauf eines Semestertickets durch die Stadt erstattet wird. Im Stadtrat sollte der Antrag im Zusammenhang mit dem Haushalt beraten werden.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Herr Geier führte aus, dass als Grundlage für die Kostenschätzung die Studentenzahl aus dem Jahr 2008 gedient habe. Die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass 1/5 der Studenten das Angebot annehmen, das heißt 1.500 Studenten. Der Aufwand der Verwaltung betrage 194 € inklusive des Verwaltungsaufwandes. In den Jahren 2009 und 2010 werde ein Ausgabenüberschuss zu verzeichnen sein, danach amortisieren sich die Ausgaben durch die Effekte des Finanzausgleichsgesetzes (Berechnung pro Einwohner). Aus diesem Grund plädiere er als Kämmerer für den Antrag. Die Rechnung gehe aufgrund der Verhältniszahlung des FAG immer auf.

Die Mitglieder fragten nach den Verpflichtungen der Studierenden, die das Angebot der Stadt in Anspruch nehmen. Sie empfahlen der Verwaltung, dies in anderen Städten, z. B. in Dresden zu erfragen.

Herr Geier sagte auf Bitte der Ausschussmitglieder zu, den Entwurf der Vereinbarung mit dem Studenten vor Inkraftsetzung dem Ausschuss für Finanzen vorzulegen.

Im Ergebnis der Diskussion konnten weder die Verwaltung noch die Antragsteller sowie die Ausschussmitglieder eine Deckung für die zusätzlichen Ausgaben nachweisen.

Es wurde folgender **Beschluss** gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten, für das Angebot an Studierende gemäß Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Vorlage IV/2008/07285 - 250 T€ einzustellen.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

500 T€ für die Umsetzung von Maßnahmen des Energieberichtes

Auf Anregung von Herrn Schramm informierte Herr Bielecke über mögliche Maßnahmen zur Energieeinsparung in Höhe von 500 T€.

Herr Geier führte aus, dass die Prioritäten im Vermögenshaushalt festgelegt seien. Aufgrund der Bitte von Herrn Schramm habe er die Positionen überprüfen lassen. Dabei sei die Kämmererei zu dem Ergebnis gekommen, dass Umschichtungen nicht möglich seien.

Herr Dr. Pohlack fügte an, dass einige der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms beantragt wurden.

Bücherbus

Herr Misch bat um eine verbindliche Aussage der Verwaltung zur Position des Kaufes eines neuen Bücherbusses aus Mitteln des Haushaltsausgaberestes. Sollte dies nicht möglich sein, würde er einen entsprechenden Antrag stellen, die Mittel für 2009 neu einzuplanen.

Es wurde auf die Sitzung des Ausschusses am 10.02.2009 verwiesen. In dieser ist einstimmig der Beschluss gefasst worden, den Haushaltsausgaberest für den Kauf eines neuen Bücherbusses zu bilden.

Herr Misch kritisierte die Antwort der Verwaltung, da sie nicht vollständig sei und die Arbeit der Bereiche Kämmererei und des EB ZGM in Bezug auf die Ausschreibung nicht mit erfasst wurden.

Auf Nachfrage wurden keine weiteren Anträge zum Haushaltsplan gestellt.

Die Mitglieder des Ausschusses baten die Verwaltung, die Ergänzungsunterlagen für den Haushalt bis spätestens Montag, 23.02.2009, 14:00 Uhr, an die Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2009, den Haushaltsplan 2009 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2007 zur Kenntnis.

zu 6 Finanzvergleich mit anderen Großstädten

Ergebnis: vertagt

zu 7 Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) per 31.12.2008 Vorlage: IV/2009/07781

Ergebnis: Kenntnis genommen

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

Folgende Anfragen wurden schriftlich beantwortet:

Thema	Stadträtin / Stadtrat	Sitzung vom:
PPP-Raten	Herr Schramm	05.02.2009
Fahrbibliothek	Herr Misch	20.01.2009
Vergnügungssteuer	Mitglieder FA	22.04.2009
Sozialticket	Frau Wolff	18.11.2009

Herr Schramm führte aus, dass er mit der gegebenen Antwort der Verwaltung zur Thematik PPP nicht einverstanden sei.

Herr Kogge führte aus, dass der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss zu PPP gefasst habe, der alternativlos sei. In der Zwischenzeit seien Veränderungen eingetreten, die nicht der Verwaltung angelastet werden können.

Herr Weiland und Herr Wolter wiesen darauf hin, dass kein Pauschalbeschluss durch den Rat gefasst worden sei, sondern Jahresraten für die finanziellen Mittel.

Die Mitglieder des Ausschusses erwarten zukünftig mehr Information und Transparenz bei Veränderungen.

zu 10 Mitteilungen

Haushalt

Herr Geier teilte mit, dass er die Ablehnung des Haushaltes für ein falsches Signal halte. Die Ablehnung habe Konsequenzen für das Verwaltungshandeln, so könnten z. B. an die Freien Träger ohne bereits vertragliche Bindungen keine Zuschüsse ausgereicht werden und der Verwaltungsaufwand erhöhe sich intern nicht unwesentlich.

Er appellierte an die Ausschussmitglieder gemeinsam mit der Verwaltung daran zu arbeiten, dass der Haushalt in der Stadtratssitzung beschlossen werde.

zu 11 mündlichen Anfragen

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 12 Anregungen

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Geier, Herr Dr. Pohlack, Herr Kogge

Auf Nachfrage der Vertreter der Verwaltung bezüglich weiterer Erwartungen der Finanzausschussmitglieder zur Beschlussfassung des Haushaltes 2009 erklärten diese, dass sie im Hauptausschuss am 18.02.2009 von der Verwaltung eine verbindliche Information, wie mit der Beschlussfassung des Aufsichtsratsbeschlusses der Stadtwerke Halle GmbH bezüglich des Verkaufes der VNG-Anteile weiter umgegangen werden soll, erwarten (konkrete Informationen über den Mittelab- und -zufluss).

Aufgrund einer Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass bezüglich der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme zur Oberflächenentwässerung intensiv mit dem Stadtwerkekonzern verhandelt wurde. Zurzeit muss festgestellt werden, dass über den Weg der Veränderung der Kalkulationsgrundlage der Drei-Kanal-Methode keine Konsolidierung erreicht werden könne. Es wurde jedoch ein neuer Weg aufgezeigt: die Bildung eines Betriebes gewerblicher Art. Die steuerlichen Effekte müssen noch geprüft werden. Einige Mitglieder äußerten die Erwartung, dass die Oberflächenentwässerung nicht zu Lasten der Straßensanierung erfolge. Es wird von der Verwaltung eine Änderung bezüglich der aktuellen Entwicklungen zu den Verhandlungen bezüglich der Oberflächenentwässerung erwartet.

Die Stadträtinnen und Stadträte führten aus, dass sie noch Beratungsbedarf in den Fraktionen hätten. im Übrigen solle der Haushaltsplanentwurf dem Stadtrat zur Beschlussfassung am 25.02.2009 vorgelegt werden.

Die Verwaltung signalisierte deutlich ihre Bereitschaft, zur Beantwortung von schriftlichen oder mündlichen Nachfragen von Stadtratsmitgliedern in jeglicher Form bereit zu stehen.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin